

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Wolfsbau) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelt gespaltene Kleinseite 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einlenkung auf Postkassenkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Wolfsbau). — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 24

Sonnabend, den 13. Juni 1925

29. Jahrgang

Widerpruch und Gefahren der Zollvorlage.

Die deutsche Landwirtschaft hat wie die Landwirtschaft der ganzen Welt eine schlimme Krise durchgemacht. Während — ein treuliches Zeichen gottgewollter Weltordnung und kapitalistischer Wirtschafts-anarchie — in vielen Ländern Millionen hungerten und in Ländern mit Mähernten wie Rußland Zehntausende den Hungertod starben, war in der Welt zuviel Brotgetreide da, so daß die Preise sanken und nicht mehr zur normalen Weiterführung des landwirtschaftlichen Betriebs ausreichten. Diese Krise, die sogenannte Agrarkrise, beruhte also auf den niedrigeren Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Agrarpreise) gegenüber den Preisen für Industriewaren (Industriepreise). Seit dem Hochsommer 1924 ist aber ein völliger Wandel eingetreten, das geht schon aus folgenden Aufstellungen für die Preisentwicklung in Deutschland hervor. Es kosteten in Goldmark:

	1913	Januar 1924	Mai 1925
Waggen 50 kg	822 = 100	7.32 = 89	11.19 = 136
Cartoffeln 50 kg	2 = 100	1.93 = 96	1.97 = 98
Schweinefleisch 50 kg	44.44 = 100	—	50.10 = 113
Rohle 1 Tonne	12 = 100	20.60 = 172	14.64 = 122
Superphosphat kg	0.35 = 100	0.64 = 183	0.44 = 126
Maschinen und Geräte	1735 = 100	2843 = 164	2316 = 134

Wir sehen, daß sich ungefähr im Hochsommer 1924 Agrarpreise und Industriepreise auf einer Preislinie treffen, die ungefähr 30 Prozent über dem Friedenspreisstand liegt. Damit ist die sogenannte Agrarkrise, der Unterschied zwischen den Industrie- und Agrarpreisen überwunden. Das ist um so mehr der Fall, da die deutschen Agrarpreise fast durchweg unter Weltmarktpreisstand oder mit ihm gleich liegen. Soweit also die Preisentwicklung in Frage kommt, sind die Vorbedingungen für eine erspriechliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft und vor allem auch der Landwirtschaft gegeben.

Nun wollen Regierung, Schwerindustrie und Großagrarier Agrar- und Industriezölle einführen bzw. verschärfen. Der Plan findet nicht nur keine Rechtfertigung durch unsere Wirtschaftsentwicklung, sondern steht zu ihr in glattem Widerspruch. Vor allen Dingen muß der Plan zu neuen Preiskrisen führen, die heftiger sein werden als die Preiskrisen vor Mitte 1924. Man bedenke nur folgendes: Durch den Zoll auf Brotgetreide (5 Mt. bzw. 5.50 Mt. pro Doppelzentner) werden die Agrarpreise zweifelslos gesteigert. Die Landwirtschaft kann, guter Wille vorausgesetzt, im Gemüß diese Zölle nicht ablehnen, Düngemittel und andre landwirtschaftliche Betriebsmittel kaufen, was ohne Zweifel eine Produktionssteigerung bedeutet. Diese Intensivierung kann aber nur eintreten, wenn die Industriepreise sich nicht steigern und auf dem heutigen, dem alten Stand bleiben. Das wird aber nicht der Fall sein. Weshalb nicht?

1. Wenn infolge der gestiegenen Agrarpreise (Stärkung der landwirtschaftlichen Kaufkraft) lebhaftere Nachfrage durch die Landwirtschaft nach Maschinen, Düngemitteln usw. einsehen sollte, so wird die Veränderung in Nachfrage und Angebot ohne weiteres eine Steigerung der Industriepreise auslösen.

2. Die Zollvorlage steht nicht nur Agrarzölle, sondern auch Industriezölle (Zölle auf industrielle Rohstoffe, Halbherzfabrikate usw.) vor. Diese Zölle werden ohne Zweifel die Produktion verteuern und die Steigerung der Industriepreise unumgänglich notwendig machen. Da die Vorlage eine starke Herabsetzung der Industriezölle, in vielen Fällen bis zu 60 Prozent über dem Weltmarktpreisstand festsetzt, wird diese Preissteigerung sehr groß sein müssen.

3. Der Verbraucher in Deutschland hat von den billigen Agrarpreisen während der Agrarkrise nichts gehabt, weil die Kleinhandelspreise dem Tiefstand der Erzeugerpreise nicht im geringsten Rechnung trugen. Wir veranschaulichen den Zusammenhang, der eine maßlose Auswucherung der Bevölkerung darstellt, durch folgende Zusammenstellung. Es kosteten in Goldpfennige:

%	1913		Juni 1924		Mai 1925	
	E	Kl	E	Kl	E	Kl
Roagen heiss Mehl	822	16	635	15.7	11.19	20.09
Cartoffeln	2	35	2.18	4.3	1.97	4.1
Butter	128	140	130	179	159	220.8
Rohfleisch	42.73	93	1.86	99	37.5	110.8
Schweinefleisch	44.44	75	47.86	91	50.10	117.7
Milch	3.59	5	8.52	12	5.67	8.5

In der vorstehenden Tabelle bedeuten E die Erzeugerpreise und Kl die Kleinhandelspreise. Wir haben den Preisstand im Juni 1924 deshalb herangezogen, weil kurz nach Juni infolge der Schutzollvorlage und der Freigabe der Getreidausfuhr aus Deutschland die kolossale Steigerung der Agrarpreise einsetzte, die sie weit über Friedensstand und teilweise über die Weltpreise hinaustrieb. Die Preisbildung, wie sie unsere Tabelle treffend wiedergibt, beweist einwandfrei, daß der deutsche Verbraucher schon immer und selbst während der Agrarkrise mit ihren niedrigen Erzeugerpreisen Preise zahlte, die weit höhere Erzeugerpreise voraussetzen. So haben wir in Wahrheit wirkliche Wucherpreise erlebt, d. h. die billigen Agrarpreise haben sich nie auf die Lebenshaltung der Bevölkerung und auf die Gesteinskosten der deutschen Industrie ausgewirkt. Selbstverständlich muß eine Steigerung der Erzeugerpreise durch Agrarzölle usw. auch die Kleinhandelspreise steigern. Nun hat der Reichsernährungsminister Graf Kanitz den Gewerkschaften im Hochsommer 1924, als er seine Zollvorlage ankündigte, das Versprechen gegeben, mit aller Kraft den Wucher zu bekämpfen und die Kleinhandelspreise endlich zu korrigieren, d. h. auf das normale Maß zurückzuführen. Graf Kanitz dachte sich die Korrektur der Kleinhandelspreise etwa in der Art als ein Gegenleistung für die von ihm geforderten Agrarzölle. Auch jetzt geht der Reichsernährungsminister noch bei den Gewerkschaften mit dieser Idee herum. Graf Kanitz hätte seit dem Hochsommer 1924 genügend Zeit gehabt, die Korrektur der Kleinhandelspreise durchzuführen. Die Preisentwicklung aber, wie sie aus unserer zweiten Tabelle ersichtlich wird, beweist, daß kein Finger gerührt worden ist, um normale Kleinhandelspreise zu erzielen. Im Gegenteil, — und das ist für die gegenwärtige Preisbildung besonders interessant — die angeführten Erzeugerpreise haben die Kleinhandelspreise mit in die Höhe getrieben. Dasselbe wird eintreten, wenn infolge der Agrarzölle die Erzeugerpreise von neuem steigen werden. Wie das Versprechen des Grafen Kanitz in Wirklichkeit ausfällt, beweist die Tatsache, daß das Reichswirtschaftsministerium neben einem Gesetzentwurf vorbereitet, der die sogenannte Wucher-

gesetzgebung (Preisprüfungsstellen, Preistreibeinverordnung usw.) einfach aus der Welt schaffen soll, und die Bevölkerung schußlos dem Wucher preisgibt. Die steigenden Kleinhandelspreise machen aber die Verteuerung der Lebenshaltung aus, und zwar ist zu erwarten, daß im Anschluß an die Einführung des Zolls die Kleinhandelspreise in einem Maße steigen, daß sie ganz bedeutend höher als im Auslande sind, wie wir ja heute schon — bei niedrigeren Löhnen als im Auslande — bei gleichen Erzeugerpreisen wie im Auslande bedeutend höhere Kleinhandelspreise als das Ausland haben.

Sehen wir die Nutzenanwendung.

1. Die vorgesehene Zölle sind nicht durch die Lage der deutschen Wirtschaft bedingt. Diese wird vielmehr durch die Zölle in neue Preissteigerungen getrieben.

2. Wenn durch die infolge der Zölle gesteigerten Agrarpreise die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft für Industriewaren gesteigert und die deutsche Industrie so belebt werden sollte, so kann diese Bluteinspritzung nur kurze Zeit gelten, da mit den Agrarpreisen auch die Industriepreise steigen.

3. Die Zölle werden die deutschen Gesteinskosten steigern und so den lebenswichtigen Export brachliegen.

4. Da Regierung und Unternehmertum einen Ausgleich für die Zölle durch Lohn erhöhungen abzulehnen aufs äußerste entschlossen sind, wird die Teuerungswelle, abgesehen von den Auswirkungen der notwendig werdenden Arbeitslämpfe, durch Verteuerung aller Waren den Verbrauch ganz allgemein einschränken und so die gegenwärtige Absatzkrise verschärfen und verewigen. Vor allem würde der Arbeitsmarkt einer scharfen Belastung ausgelegt.

5. Von den Zollplänen der Regierung haben nur Großagrarier und Schwerindustrielle Nutzen. Den Arbeitern, Beamten und Angestellten, jedem Verbraucher, wird durch die der Profitorch höher gehängt. Für die Regierung ergeben sich wohl höhere Zolleinnahmen, die sie aber infolge der sich verschärfenden Arbeitskrise doppelt und dreifach für die Erwerbslosenfürsorge und Kostandsaktionen rauswerfen müßte.

Aus allen diesen Erwägungen heraus muß es heißen: Hinweg mit den Zöllen, die eine Gefahr für Deutschland sind!

Nachwort zum Verbandstag.

Die Teilnehmer am Weimarer Verbandstag sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sicherlich mit einer gewissen Befriedigung heimgefahren. Vor allen wohl jene, die auch im Jahre 1922 Gelegenheit hatten, als Delegierte am Leipziger Verbandstag teilzunehmen. Dort, vor wenigen Jahren, eine zum Teil jugendliche Kritik, die im politischen Richtungsstreit ihren Nährboden hatte und die annahmte, wie eine Kritik um der Kritik willen. Jetzt, im Jahre 1925 eine ganz andere Wertung gewerkschaftlicher Arbeit und unter anderem keine Ausfälle, keine unangebrachte Kritik an dem DGB. Noch vor wenigen Jahren wurde der DGB, beinahe für alles verantwortlich gemacht. Jeder, der kaum in die Bewegung hineingeraten hatte, wußte besser wie andere mit jahrzehntelanger Erfahrung, wie, wo und was hätte getan werden müssen, um die Lebenshaltung und die politische Macht der Arbeiter zu sichern. Das ist heute doch anders geworden; nüchternere, kühlere Erwägung hat wieder mehr Platz ergriffen. Der Arbeiterbewegung und den Lebensansprüchen ihrer Mitglieder und Anhänger ist damit zweifelslos am wirksamsten gedient. Das hat auf unserem Weimarer Verbandstag bei der Mehrzahl der Teilnehmer die Befriedigung ausgelöst. Gewiß mußte auch auf diesem Verbandstage, wie auf all seinen Vorgängern mancher Wunsch der Delegierten als Beauftragte ihrer Mandatgeber zurückgestellt werden. Das wird wohl immer so bleiben, denn auf dem Verbandstage steht in Rede und Gegenrede manches anders aus als wie man es daheim am Ort einschätzt und wertet. Das kann sogar erfreulicherweise in den Ausführungen einzelner Delegierter bereits zum Ausdruck, die da sagten, mit der Absicht oder dem Vorhaben nach Weimar gefahren zu sein, dieses und jenes scharf zu kritisieren oder Protest einzulegen gegen einzelne Maßnahmen der Verbandsleitung; doch die mündlichen und schriftlichen Darlegungen hätten sie eines besseren belehrt. Solche Ehrlichkeit in der Beurteilung verschiedener Vorgänge ist zu begrüßen wie überhaupt jede aufrichtige Kritik. Das schließt nicht aus, daß auch mal ehrliche Kritik übers Ziel hinausschießt; doch solche Vorkommnisse renken sich immer schnell wieder ein.

Zum Geschäftsbericht haben allein über 50 Delegierte ihre Meinung geäußert. Von der Diskussion wurde durchweg reichlich Gebrauch gemacht, vor allem auch bei der Statutenberatung; jedoch wurde die Kommissionsarbeit dadurch nicht erschüttert. Die Abstimmung ergab ausnahmslos das Verständnis der Delegierten für die realen Tatsachen. Behauerlich war nur, daß infolge der zur Verfügung stehenden Zeit von einer Debatte im 3. Punkt der Tagesordnung besonders bei der Behandlung der Berufungsgegenstände Abstand genommen werden mußte. Wir sind davon überzeugt, daß manche Anregung aus dem Delegiertenkreise für die Gesamtheit von Nutzen gewesen wäre. Hoffentlich wirkt der vom Vorstehenden gegebene Hinweis noch nach, daß besondere Fälle dem Referenten noch nachträglich übermittelt werden.

Rüft man nun die Art der Diskussion nochmals in Gedanken an sich vorüberzuleiten, dann hatet zweifelslos eine Anzahl Delegierter im Gedächtnis mit der Bezeichnung: „Tüchtiger Kollege“! Namen wollen wir selbstverständlich nicht nennen, sonst erweist es den Anschein, als wollten wir nachträglich eine Art von Zensuren verteilen. Bei einigen Debatterednern war es direkt ein Vergnügen zuzuhören, wie sie sich künftig die Entwicklung denken und wie meisterhaft sie es verstanden, ihre Gedanken in Worte zu kleiden und dann dem Ausdruck zu geben. Man hatte dann immer die Empfindung: „Der weiß, was er will!“ Auch das natürliche Zueinanderfließen von Plastersteinindustrie und Steinschlaggewerbe wurde von den betreffenden Rednern mit großem Geschick und von einer besonderen Wärme herab behandelt. Diese Art mußte Genugtuung auslösen. Genugtuung über die praktische Wirkung der erfolgten Vereinigung mit den Kollegen der Steinmetzbranche. Die sachliche Begründung zur Pflege der Qualitätsarbeit im Steinschlaggewerbe im Interesse der Natursteinplasterung, zeugt von hohem sittlichem Ernst im Berufsleben und muß in der Herstellung der Steine das selbe Echo wecken. Wir werden diesem sittlichen Moment in unserem allgemeinen Organisationsleben künftig größere Aufmerksamkeit schenken müssen und diejenigen Steinbruchfirmen, die der gesamten Natursteinindustrie durch schlechte Qualitätslieferung,

großen unberechenbaren Schaden zufügen evtl. der öffentlichen Kenntnis preisgeben. Hier kommt auch unser aller Verantwortung in kommunaler Hinsicht in Frage. In den zurückliegenden Jahrzehnten hat ähnliches der Natursteinindustrie in der Werksteinlieferung großen Schaden zugefügt, und zwar durch die Lieferung nicht genügend wetterbeständigen Gesteinsmaterials. Darauf hatten allerdings die Steinmetzen keinen Einfluß, oft auch nicht die Steinschlagmeister und Steinbruchpächter, weil sie nicht gesteinsfundig genug waren. Mag dem nun sein, wie es will, die gesamte Natursteinindustrie, soweit der Kaufstein in Frage kommt, hat jetzt auszubaden, was damals zum Teil durch Schuld der Bauverantwortlichen gesündigt wurde.

In der Plastersteinindustrie darf ein ähnlicher Zustand nicht eintreten. Dafür werden Steinmetzen und Steinmetzen gemeinsam zu sorgen haben. Erst kürzlich konnten wir an einem Beispiel erleben, wie eine große Firma von Ruf zur Mosaikplasterung ein Zeug geliefert hatte, das jeder Beschreibung spottete und sich absolut nicht zu dem vorgesehene Plasterungszweck eignete. Daraus ist schon zu entnehmen, daß auf dem Verbandstage die richtigen Töne angeschlagen wurden, die noch verstärkt wurden durch die Darlegungen einzelner Delegierter, die in den Kommunalverwaltungen auf Grund eines Mandats ein Wortchen mitzureden haben. Sehen wir ohne Ungeheuer, aber mit dem nötigen Verständnis auf diesem Gebiet vor, dann leisten wir Zukunftsbereit für die Natursteinindustrie und damit auch für unsere künftige Arbeitsmöglichkeit im Beruf.

Ein müßige Ablehnung bei den Delegierten fand das Wirken des Baugewerksbundes. Die paar Freunde in den Reihen der Steinmetzen, die er noch hatte, sind durch seine eigenartige Taktik abgestoßen und eines anderen belehrt worden und was nun einzelne Delegierte aus ihrem Wirkungskreis aus eigenem Erleben dazu kundgaben, war wirklich nicht geeignet für den Baugewerksbund irgendwie verbend zu wirken.

Eine andere Frage ist, ob auf den kommenden Verbandstagen in der allgemeinen Debatte von all den in der Steinindustrie bestehenden Tarifen gesprochen werden soll wie bisher. Wir meinen die Breite; denn es würfelt schließlich wohl zu sehr durcheinander und hat dann nicht das Interesse bei allen Delegierten. Im Verband ist die Spezialisierung in einzelnen Gruppen mittlerweile recht groß geworden, und wenn der Gesamtverbandstag dann erspriechliches leisten soll, wird es sich künftig kaum umgehen lassen, daß die Delegierten der einzelnen Gruppen einen Tag früher unter sich zusammenkommen und ihre Auffassungen, Forderungen und Wünsche, soweit sie die spezielle Gruppe betreffen, in konzentrierte Form bringen. Die Arbeiten der kommenden Verbandstage werden zweifelslos dadurch an Einheitlichkeit, vor allem an Kürze gewinnen. Ein praktisches Beispiel dafür bot in Weimar die Granit-Schleifereigruppe, denn im Verlaufe der Debatte stellte sich die Notwendigkeit heraus, daß deren Vertreter unter sich eine Besprechung machten. Die engere Aussprache hatte ihr gutes, denn die Debatte auf dem Verbandstage wurde für diese spezielle Gruppe von selbst wesentlich gekürzt. Namentlich soweit die einzelnen Tarifgebiete in Betracht kommen, muß künftig eine konzentrierte Behandlung eintreten. Es ist Kraft- und Zeitverschwendung, wenn z. B. alle Delegierten, die unter den KAV für Plasterstein- und Schotterwerke oder unter den für Werkstein-, Grabmal- und Marmorbetriebe fallen, einzeln dem Sinne nach gegen den Tarifinhalt oder für weiteren Tarifaufbau dasselbe kundgeben, wie die Vorredner. Ein oder zwei Vertreter für die einzelnen Spezialgruppen können für ihre engeren Kollegen das Nötige sagen. Wirtungsvoller ist es jedenfalls und die Verhandlungen selbst gewinnen nur.

Unsere Kommissionsberatungen (Statuten usw.) sind dafür auch schon der sprechendste Beweis. In den Kommissionen selbst ist tüchtige Arbeit geleistet worden, und wer es dort ernst nimmt mit seiner Berufung, wird außer dem Tagungslokal und seinem Nachtquartier vom Ort selbst nicht viel zu sehen bekommen. Es muß auch festgestellt werden, daß alle Kommissionsmitglieder mit einem erfreulichen Eifer sich bemühen, das Vertrauen auf ihr Können, was ihnen mit der Berufung in eine Kommission ausgesprochen wird, zu rechtfertigen.

Der Verbandstag hat die ihm gestellten Aufgaben erledigt und Richtlinien festgelegt, nach denen künftig gearbeitet werden soll. Er hat ferner auch durch seine einmütige Haltung bei denen die Arbeitsfreude gestärkt, die in den vor uns liegenden Jahren bis zur nächsten Tagung den Verband nach außen und innen in Wort und Schrift vertreten. So soll es auch sein! Wohl haben wir im Mitgliederkreise eine bestimmte Zahl von Mitgliedern, die durch ihre besondere politische Auffassung auch im gewerkschaftlichen andere Mittel anwenden und andere Wege gehen möchten. Soweit diese Mitglieder auf dem Verbandstage vertreten waren, wurde dem fast immer in sachlicher Form Ausdruck gegeben. Aber sie haben ihre abweichende Meinung über die Tätigkeit und Brauchbarkeit der einzelnen Referats doch der Majorität unterordnen müssen und haben es infolgedessen auch klug verstanden, etwa eine leere Demonstration aus dieser oder jener besonders gelagerten Angelegenheit zu machen. In der Gewerkschaft ist der Boden gegeben, für alle in gemeinsamer Arbeit. Wird dies ohne jede Gefühlswallung nach der einen oder anderen Seite von jedem beachtet, dann wird der Verband in der vor uns liegenden Zeit noch mehr als in der verfloßenen, immer der Hört und die Stütze sein bei den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeiter und Unternehmer und Helfer in weiterem bei den großen Problemen: „Wirtschaft, Staat, Republik, Sozialismus.“

„Streitfragen“

überschreibt Herr Dr. Ing. Steinlein in München im „Steinbildhauer“ seine Ermiderung auf unseren Artikel in Nr. 19 des „Steinmetz“. — Ja, wären es in der Hauptsache nur solche, dann könnte sicherlich durch eine gegenfeitige sachlich geführte Diskussion manche kritische Frage geklärt werden. So aber ist es im Ganzen gesehen, mehr wie nur Streitfragen; es sind Gegenstände tieferer Natur, die veranfert sind in der beiderseitigen beruflichen, wirtschaftlichen und politischen Erziehung, verstärkt durch die Erfahrungen im bisherigen Leben. Dadurch sind es hüben wie drüben Ueberzeugungs- oder wie man auch sagt: „Weltanschauungsfragen“ geworden, die durch eine noch so eingehende Diskussion nicht wegdisputiert werden können. Nach unserer Auffassung kann hier nur eine persönliche und sachliche oder richtiger gesagt: eine ideale und materielle Umgestaltung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft und natürlich auch des Menschen selbst, unsere Seite zum Recht verhelfen. Und die andere Seite, zu der Herr Dr. Ing. Steil sich bekennt? — Nun, die hat bisher das Recht und damit die Macht in

Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Diese andere Seite verleiht nicht nur dies machtwortende Recht, sie möchte es in der privatrechtlichen Produktionsweise sogar für alle Gewerke verbriefen haben. Dies Recht und damit die Macht gestattet der anderen Seite — natürlich einschließlich Herrn Dr. Stl. — unter vielen anderen Einflüssen einen gewissen auf die Lebenshaltung der Arbeiter auszuüben, der je nach der gesellschaftlichen Situation in der allgemeinen Wirtschaftslage für die Lohnarbeiter sich noch viel unangenehmer bemerkbar machen würde, wenn die Gewerkschaften nicht vorhanden wären, und ferner nicht deren unausfallbares und unüberbärbares Weistreten und ihr Kampf um das machtwortende Recht aus der privatrechtlichen Produktionsweise zu brechen. — Die chemie Entwicklung in Wirtschaftslieben hat zweifellos diese Linie; sie läuft allerdings nicht gerade, ist auch nicht für jedermann klar erkennbar. Um nun diese Entwicklung in jeder Beziehung zu fördern, deshalb vor allen Dingen der Zusammenstoß der Arbeiter auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet. Die Vorgänge im letzten Jahrzehnt haben uns ganz besonders gezeigt, daß die wirtschaftlichen Vorgänge die politischen maßgebend beeinflussen und daß politische Macht sich dauernd nicht behaupten kann, wenn ihr die Wirtschaft mit all ihren horizontalen und vertikalen Einrichtungen auf allen Gebieten als offener und heimlicher Gegner entgegensteht und entgegenarbeitet. — Das ist in kurzen Strichen der Grundriß von dem Komplex, auf dem sich die Gegenläufe aufspielen und woraus Streitfragen sich herausbilden. Die letzteren können gelöst werden; die Gegenläufe aber müssen und werden ausgeglichen in dem großen andauernden Kampf zwischen den oberen und unteren Volksschichten, im Klassenkampf von oben und unten.

Alle Streitfragen nun, die Herr Dr. Stl. als solche bezeichnet, spielen auf das Gebiet der Gegensätze hinüber und wollen wir seine Einwände alle eingehend würdigen, wäre es mit einem Artikel nicht abgemacht, auch wäre im „Steinarbeiter“ dafür nicht der richtige Platz. Jedoch lassen sich einige Bemerkungen zu den einzelnen „Streitfragen“ des Artikelschreibers im „Steinbildhauer“ nicht umgehen. Seine Polemik erfolgte gegen „Herrn S.“, wir wollen uns in den nachstehenden Ausführungen diese persönliche Bezeichnung redaktionell aneignen und führen dann auch so unsere abwegigen Bemerkungen:

Einer besonderen Betonung, daß ich alles behauptete und Angeführte in Nr. 19 des „Steinarbeiter“ aufrechterhalte, bedarf es wohl nicht. Es erübrigt sich deshalb auch, auf das, was Herr Dr. Stl. erneut über Inflation, Konjunktur, Reichseinnahmen und Steuern schreibt, nochmals einzugehen. In den Nr. 20 bis 24 des „Steinarbeiter“ sind mehrfach Artikel und Notizen über diese einzelnen Fragen enthalten; durch eine Wiederholung würde ich nicht länder. Ich greife also aus der Erwiderung nur einiges heraus, damit auch die Kollegen, die nicht Leser des „Steinbildhauer“ sind, sehen können, um was es sich handelt. Gleich eingangs wird in der Erwiderung Dr. Stl.s eine bekannte Seite angeklagt, die unseren Kollegen seit Jahr und Tag aus jedem Provinz- und Winkelblättchen entgegenkommt. Dem Sinne nach schreibt er: „Die Sozialdemokratie habe ihren Anhängern vor dem Kriege nur Illusionen vorgemacht, was sie alles könne und als sie zum Regieren kam, habe sie vollständig versagt. Auch der Grundriß. Alle für einen und einer für alle, sei in der Internationalen Bewegung nur eine geplante Seifenblase.“ Gegen diese ziemlich abgefahrene Zeugnisse ins Feld zu führen, kann nicht von mir verlangt werden, aber es kennzeichnet den geistigen, politischen Horizont, der in gewissen Kreisen vorherrscht. Wenn das jemand geschrieben hätte, der den Krieg, seinen Zusammenbruch, die Staatsumwälzung, die Nachkriegsjahre und die ungeheuer demoralisierende Wirkung des Krieges auf Personen und Sache nur aus der Vogelperspektive erblickt hätte, dann möchte es schließlich noch durchgehen. Wer aber mitten drin stand, wie Herr Dr. Stl. und dann so etwas schreibt, der kann auch im übrigen Leben keinesfalls objektiv sein, noch weniger so urteilen; der hat sich die Großperspektive angeeignet und ist nach meiner Auffassung nicht berufen, mit anderen die Klänge der Diskussion zur Klärung über die „Streitfragen“ zu freigen. — Was die Sozialdemokratie dem gesamten deutschen Volke, einschließlich Herrn Dr. Stl., nach dem Zusammenbruch geleistet hat, das wird einst die Geschichte lehren. Sie wird aber auch lehren, wie die „gelernten“ Regierungsmenschen vollständig versagt haben und heute noch versagen. (Siehe Steuern usw.) Dann tippt Herr Dr. Stl. mit hämischer Absicht so nebenbei will, „die moralische Qualifikation einzelner Führer“; was er damit will, weiß ich wohl, aber er irrt mit dieser Bierbank- und Weismurtpolitik Einbruch zu machen. In einer solchen Zeit, wo die politischen Wogen hoch gehen und in der die wirtschaftliche Bedrängnis einfach fürchterlich war, wollen solche Erscheinungen wirklich nicht viel besagen. Nur möge man nicht vergessen, daß diese zweifellos zu verurteilenden Lumpereien trotz der krampfhaften Bemühungen nicht auf das Konto der Sozialdemokratie zu buchen sind.

Nun leistet sich der Artikelschreiber mir gegenüber so einige kleine Unterstellungen, die ichente ich ihm; denn solche Kleinigkeiten gehören zum Tageskampf, sie ändern an meinem Charakter, auch den Gegner zu achten, nicht das geringste. Und wenn es Herr Dr. Stl. gern wissen will, so verrate ich ihm, daß ich mir in bezug auf den Gegner den Ausspruch von Gottfried Keller längst zu eigen gemacht habe der da lautet: „Als Gegner achte, vor es sei! Strandbude aber find keine Partei!“ — Dann äußert der Artikelschreiber eine große Freude, weil er kein Politiker sei, aber es sich trotzdem nicht nehmen lasse, seine Meinung zu äußern, wie er es für notwendig erachte. Diese Freude gönne ich ihm ohne weiteres, wüßte aber sonst nicht, ihm das Recht zur Meinungsäußerung irgendwie strittig gemacht zu haben. Nur muß jeder, der öffentlich etwas kritisiert, sich gefallen lassen, daß er auch kritisiert wird. Das ist doch im Leben keine Meinungsbeschränkung? Wenn ein Milchmädchen seine Rechnung aufmacht, muß es sich die Nachprüfung gefallen lassen oder ist das schon ein Mißtrauen?

Dann steht in dem Artikel noch folgender Arbeitgeber-Unsinn: „Es gehört ferner zum festen Prinzip der Sozialdemokratie, nie anzuerkennen, daß es der Arbeitgeber mit seinen Leuten gut meinen könnte. Es ist eine politische Notwendigkeit, daß der Arbeiter in seinem Auftraggeber seinen Feind zu erblicken hat, der nur darauf ausgeht, ihn auszubeuten usw.; alles Gute, was er tut, wird in das Gegenteil verkehrt und verleugnet. So glaubt Herr S. natürlich, daß der Arbeitgeber die Forderungen seiner Arbeitnehmer nur aus Egoismus, um sich zu bereichern, nicht genehmigen will; wenn er wollte, könnte er schon; weiter reicht der Geschäftskreis des Herrn S. nicht; wenigstens tut er so.“

Wirklich, so viel Worte, so viel Unsinn! Vielleicht kennt Herr Dr. Stl. das Sprichwort: „Es ist leichter für andere, als für sich, weise zu sein.“ Im übrigen möchte ich in aller Bescheidenheit Bewahrung dagegen einlegen, meinen Geschäftskreis etwa von der Großperspektive aus einschätzen zu lassen. Soweit die Lohn-Erfüllungsmöglichkeit an die Arbeiter in Frage steht, habe ich im „Steinarbeiter“ Nr. 19 mit aller Klarheit folgendes geschrieben:

„Bisher hat sich auch noch jeder Arbeitgeber einschließlich Dr. Steinlein wohl gehütet, etwa rechtmäßig darzulegen, was vom fertigen Steinprodukt nach Abzug der Gewinnungs- und Herstellungskosten (einschließlich Arbeiterlohn und der wirklichen Ankosten) eigentlich übrigbleibt für die Lebenshaltung des Arbeitgebers und zur Betriebskapitalbildung. Mit beweislosen Klagen allein ist uns und anderen nicht gedient, wenn eine zweckmäßige Klärung erfolgen soll.“

Dabei muß es schon bleiben, wenn diese Frage geklärt werden soll. Das Drumherumgerede, Herr Dr. Stl., hat keine Beweiskraft. Der normale Verlauf im Arbeitsverhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ist noch aller natürlichen Gegensätze doch so: Der Steinmetzmeister oder sonstige Unternehmer hat seinen Betrieb übernommen oder gegründet, um zu verdienen; er lebt also, um auf diese Art zu arbeiten. Der Steinarbeiter aber arbeitet um leben zu können. Beide sind also von vornherein nicht im Betrieb tätig, um dauernden Ringkampf miteinander zu führen, sondern das Lebensprinzip führt sie beide zusammen und wenn beide mit dem praktischen Sinn ausgerüstet sind, drängen sie auf ein zeitlich demselben Kompromiß durch ihre Organisationen (Tarif, Lohnvereinbarung). Nun wundert sich Herr Dr. Stl., wenn aus diesem Verhältnis ein Streit entsteht und die Arbeiter dann so langweilig und langlos die rechtmäßige Einbuße hinnehmen, die sich oft aus der Streikdauer für sie ergibt. Er sagt dazu, „der Einfluß von außen war so groß“, sie mußten also ohne ihren Willen streiken. Was soll man nun dazu sagen? Ich glaube, wir können den Herrn bei seinem Glauben lassen, auch wenn er falsch ist; denn er wird sich anscheinend nie recht in die Röhre der Lebenshaltung der Steinarbeiter hineinfinden können. Das gestattet eben die Großperspektive nicht; sie urteilt nur nach Soll und Haben in Zahlen.

— Auf die Bemerkungen zur Arbeitszeit, wo Herr Stl. mich der Unaufrichtigkeit bezichtigt, gehe ich nicht näher ein, denn was er darüber schreibt, ist längst an dieser Stelle mehr wie einmal widerlegt worden. Und wenn auch mal an irgendeinem Ort ein oder mehrere Steinmetzen über 8 Stunden pro Tag „nageln“, so ist das noch lange kein Beweis, daß alle Steinarbeiter gern länger arbeiten wollen. Außenseiter, Knechtseelen, die weiter keine Ansprüche ans Leben stellen, die am liebsten auf ihrem Arbeitsstüdt schlafen möchten, um am Morgen ja frühzeitig genug zur Stelle zu sein, haben noch nie als Vorbild für die organisierten Steinarbeiter gegolten und werden es auch künftig nicht. Und Arbeitgeber, die selber praktisch gearbeitet haben und die es zu schätzen wissen, was es heißt, 8 Stunden an Stein zu schaffen, die stellen sehr selten das Verlangen an die Steinarbeiter, länger zu arbeiten, und wenn es mal dringender notwendig ist, dann bezahlen sie den wohlverdienten Ueberstundenzuschlag ohne mit der Wimper zu zucken. Aber jene Arbeitgeber, die den Betrieb nur auf Grund von Ziffern und Zahlen dirigieren und die den Stein

nur vom Anschauen kennen, die find merkwürdigerweise ganz verfallen auf möglichst unbeschränkte Arbeitszeit und jammern Stein und Bein über den Ueberstundenzuschlag. Ich weiß nun allerdings nicht, wohin Herr Dr. Stl. zu rangieren ist; das wird er schließlich auch selbst am besten wissen. In seinen weiteren Ausführungen leistet er sich aber mir gegenüber ein ziemlich starkes Stück, indem er schreibt:

„Niedriger hängen muß man die Auslassungen des Herrn S. über deutsche Marmore. Es ist besser, die betreffenden Stellen zu zitieren, um diesen trefflichen deutschen Mann gründlich kennen zu lernen.“

Nun bringt er meine Äußerung aus Nr. 19 und schreibt dann weiter:

„Nur ein deutscher Sozialdemokrat kann so über deutsches Material sprechen; ein englischer, französischer, belgischer oder italienischer Genosse würde nie über die Produkte seines Vaterlandes in diesem wegwerfenden Tone sprechen, auch wenn es sich wirklich so verhalten würde.“

Diese Art Diskussion ist wirklich klassisch! Ich frage: was hat denn mein Deutschtum und mein Sozialismus mit dem deutschen Marmor zu tun? Bedeutet Sozialismus etwa Verleugnung inländischer Tüchtigkeit und inländischer Werte? Ist Deutschtum gleichbedeutend mit Nationalismus aus der Großperspektive? Haben deutsche Marmorbruchsleute mit der Achtung ihres Bruches auch gleich das Werturteil über die Gesteinsgüte mit gepachtet? Diese Fragen sind gewiß nicht schwer zu beantworten und jeder Deutsche mit vernünftigem Sinn für reale Tatsachen wird sie in meinem Sinne beantworten und keiner von ihnen würde sich etwas schreiben, wie Herr Dr. Stl. sich in dieser „Streitfrage“ erdreistet. Ich kann ihm nur mit aller Deutlichkeit sagen, daß ich in meinem Deutschtum niemals einen blind anzublickenden Götzchen sehe, und deshalb auch in Deutschland deutschen Schund als Schund bezeichne, wie ich ausländischen auch als solchen bezeichnen würde. Deshalb, Herr Dr. Stl., bleibe ich doch — in meinen Augen wenigstens — ein ehrlicherer und aufrichtigerer Deutscher wie mancher andere, der über die Grenzpfähle seiner engeren Heimat nur mit Widerwillen und gesträubtem Haar hinausguckt. Ich kenne eine Anzahl solcher Deutscher, und soweit es marmorfachverständige Unternehmer sind, machen sie z. B. bei einigen deutschen Marmorern nur ein recht undurchdringliches, meinetwegen ein stupides Gesicht, bringen aber nicht den Mut auf, so sagen, was eigentlich mit den einzelnen deutschen Sorten los ist. Es gibt aber auch solche Sachverständige, die in der Beurteilung durchaus nicht besangen sind, denn sie gehören nicht zur Zunft der Marmorbruchsbesitzer, sie werden es sich wahrscheinlich selbst recht ernstlich verbitten, vom Herrn Dr. Stl. ihr Deutschtum abgeprochen zu bekommen. Die Marmorarbeiter Deutschlands, das sind die größeren Praktiker, die kennen schon den Unterschied in der Bearbeitung, nicht jene, die nur durch den Betrieb stolzieren und zuckeln, wie an dem Stein — herumgestrickt wird.

Dann wird Herr Dr. Stl. am Schluß seiner „Streitfragen“ doch noch politisch, sogar hochpolitisch; obgleich er nach seiner eigenen Angabe davon nichts versteht. Er nimmt nämlich Hindenburg in Schutz gegen meine angebliche „Verpöpfung“, weil ich damals geschrieben hatte, „der alte Mann aus Hannover“ sollte das frühere Regime wieder aufziehen. Spoti war das nicht, Herr Dr., das war die Registrierung einer Tatsache als Wunsch seiner Wähler, und dann ist der neue Präsident ja auch wirklich ein alter Mann. Dann erzählt Herr Dr. Stl., daß Hindenburg Deutschland vor dem Einfall der Russen bewahrt hat und fragt allen Ernstes banal-deutsch und bieder: „Wie es uns und Herrn S. und seiner Familie — wenn er eine hat — wohl gegangen wäre, wenn Hindenburg diese Tat nicht gelungen wäre.“ Diese Stelle hat mir wirklich Spaß gemacht. Nur scheint Herr Dr. Stl. in der neueren Geschichte nicht recht Bescheid zu wissen, denn jeder halbwegs gut informierte Deutsche weiß heute, wem das Verdienst an dieser Sache eigentlich zusteht. Hier bezieht Herr Dr. Stl. vor lauter Deutschtum denselben Rotau vor Hindenburg, wie vor dem deutschen Marmor. Aber vertragen kann ich Ihnen Herr Dr. Stl., daß ich sogar von Anfang bis Ende damals dabei war, und wenn Ihre Deduktion richtig ist, wären Sie mir und ihre Familie — wenn er eine hat! — sogar auch zu Dank verpflichtet; den ich allerdings nicht begehre. Hätte ich aber damals gewußt, was Sie mir heute darüber sagen, ich glaube, ich hätte trotz Hindenburg mindestens der Teil Russen bereingelassen, der anteilig auf Sie entfallen wäre. Dann hätten Sie diese selbst abwehren müssen. Vielleicht könnte ich dann heute von einer anderen Perspektive wie von der des Großen kritisch schreiben. Vielleicht hätten dann sogar meine Münchner Kollegen davon Vorteil, vielleicht gar die gesamte Steinindustrie. Wer kann es wissen?

Damit mag für heute die Sache abgetan sein. Herrn Dr. Stl. und seinesgleichen, die so oft dem Arbeiterleben in seiner gewer-

Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925

mit besonderer Berücksichtigung der Berufszählung

Mehr als 18 Jahre sind vergangen, seitdem die letzte große Inventuraufnahme der Deutschen Volkswirtschaft (die Berufs- und Betriebszählung 1907) stattgefunden hat, 18 inhaltsschwere Jahre für das Deutsche Volk wie für die gesamte deutsche Wirtschaft. Hatten schon die letzten Jahre vor dem Kriege gewaltige wirtschaftliche Veränderungen verursacht, so hat der Weltkrieg erst recht einschneidende Umwälzungen hervorgerufen. Wollen wir heute diese Veränderungen, die seit 1907 im Erwerbsleben, insbesondere der Berufs- und sozialen Schichtung des Deutschen Volkes vor sich gegangen sind, feststellen, so tappen wir vollständig im Dunkeln. Niemand kann heute mit Sicherheit angeben, wieviel Erwerbstätige es im Deutschen Reich gibt, wie groß die Zahl der Angestellten oder der Arbeiter ist, wie sie sich auf die einzelnen Wirtschaftszweige verteilen, welches die zahlenmäßige Besetzung und die gesellschaftliche Bedeutung der einzelnen Berufe und Berufsgruppen im Rahmen der Gesamtwirtschaft ist und dergleichen mehr.

Immer stärker wurden deshalb die amtlichen statistischen Stellen — gerade aus Kreisen der Berufsorganisationen, Gewerkschaften usw. — gedrängt, einwandfreie und umfassende Zahlenunterlagen zur Verfügung zu stellen, um den vielfachen Erfordernissen der Praxis, sei es auf wirtschaftspolitischem oder auf sozialpolitischem Gebiet, Rechnung zu tragen. Die amtliche Statistik hat sich diesen Anregungen nicht verschlossen; aber zunächst hinderte der Krieg, dann die Demobilisierung, dann die Inflationszeit und die Ruhrbesetzung, die in ihren Auswirkungen ein vollkommen falsches Bild des Wirtschaftslebens und der beruflichen Gliederung des Volkes hatte entstehen lassen. Nachdem durch die Markstabilisierung die wirtschaftlichen Verhältnisse sich wieder einigermaßen konsolidiert haben, scheint die Zeit für die erste große volkswirtschaftliche Inventuraufnahme der Nachkriegszeit gekommen zu sein.

Durch Reichsgesetz vom 13. März 1925 ist eine allgemeine Volkszählung in Verbindung mit einer Berufszählung, einer landwirtschaftlichen und einer gewerblichen Betriebszählung für das ganze Deutsche Reich (ohne Saargebiet) angeordnet. Das groß angelegte vierfache Zählungswerk soll am 16. Juni 1925 zur Durchführung gelangen.

Der Erhebungs- und Bearbeitungsplan zu dem Zählungswerk ist in eingehenden jahrelangen Verhandlungen zustande gekommen, die das Statistische Reichsamt nicht nur mit den zuständigen statistischen Landesstellen und sonstigen Behörden, sondern in ausgiebiger Weise auch mit den Berufsorganisationen, mit den Gewerkschaften und den Vertretungen der verschiedenen Zweige des Wirtschaftslebens führte. Wenn dabei selbstverständlich auch nicht alle Wünsche berücksichtigt werden konnten, so ist doch im ganzen ein Erhebungs- und Bearbeitungsprogramm zustande gekommen, das auch nach Ansicht der beteiligten Berufs- und Wirtschaftsvertreter den wesentlichen Erfordernissen einer allgemeinen Volkswirtschaftsinventur soweit ihnen überhaupt durch eine allgemeine Massenerhebung Rechnung getragen werden kann, durchaus gerecht wird und das geeignet erscheint, die Langentbehrten und namentlich bei den

wirtschafts- und sozialpolitischen Verhandlungen der letzten Jahre sehr vermögten grundlegenden Zahlenangaben über die Struktur unserer Volkswirtschaft und ihrer Veränderungen gegen früher in absehbarer Zeit bereitzustellen.

Unbedingte Voraussetzungen für das Gelingen des Zählungswerkes ist jedoch die sorgsame und gewissenhafte Beantwortung der bei der Zählung verwendeten Fragebogen. Wer die Fragebogen sorgfältig beantwortet, erfüllt nicht nur eine selbstverständliche staatsbürgerliche Pflicht, sondern handelt auch in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse und im Interesse des Berufsstandes, dem er angehört.

Es ist selbstverständlich, daß die Zählungsbogen nur für statistische Zusammenstellungen (unter Zusammenfassung aller gleichartigen Berufe und Betriebe) über Umfang und Bedeutung der einzelnen Zweige des Erwerbs- und Wirtschaftslebens verwendet werden. Eine Verwendung für andere Zwecke, etwa für Steuerzwecke oder dergleichen, kommt in keiner Weise in Betracht. Dies ist übrigens auch durch das Gesetz unter feierlicher Zusage der Wahrung des Amtsgeheimnisses für die Angaben des einzelnen Haushaltungsvorstandes oder Betriebes ausdrücklich festgelegt.

Das Zählungswerk zerfällt in eine Volks- und Berufszählung, eine landwirtschaftliche und eine gewerbliche Betriebszählung. Die Unterlagen für die am 16. Juni 1925 stattfindende Berufszählung werden aus der sogenannten Haushaltsliste gewonnen, die gleichzeitig auch als Erhebungspapier für die Volkszählung dient. Die Durchführung beider Zählungen mittels eines gemeinsamen Fragebogens ist aus zähltechnischen Gründen erforderlich, weil ein Teil der Volkszählungsfragen (z. B. nach Geschlecht, Alter, Familienstand) gleichzeitig für die Berufs- und Betriebszählung benötigt wird und durch Zusammenfassung der Fragen in der Haushaltsliste eine doppelte Beantwortung erspart wird. Die Haushaltsliste umfaßt 4 Seiten, von denen die erste und ein Teil der 4. Seite näheren Erläuterungen über die Ausfüllung der einzelnen Fragen gewidmet ist. Die genaue Durchsicht dieser Erläuterungen wird dringend empfohlen. Auf Seite 2 und 3 finden sich die eigentlichen Volks- und Berufszählungsfragen; auf Seite 4 noch besondere Fragen für Bodenbewirtschaftung und für Gewerbetreibende. Die Fragen für Bodenbewirtschaftung werden auch für Angestellte und Arbeiter von praktischer Bedeutung sein, da viele von ihnen nebenbei zur Erholung oder zum Erwerb noch eine Bodenfläche, wenn auch von sehr kleinem Umfang (Kleingärten, Schrebergärten!) bewirtschaften.

Die Berufszählungsfragen beginnen mit der Frage nach dem (Haupt-) Beruf als solchem, um die Besetzung der einzelnen Berufe und die Zahl der Erwerbstätigen feststellen zu können. Daran schließt sich die Frage nach der Stellung im Beruf (ob selbstständig, Angestellter oder Arbeiter), um Aufschluß über die soziale Schichtung der Bevölkerung zu erhalten. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist die genaue Beantwortung der Fragen nach dem Betrieb, in welchem der Beruf ausgeübt wird. Bei größeren Betrieben mit verschiedenartigen Abteilungen ist außer dem Betrieb auch die Betriebsabteilung, bezw. die Gewerbestelle dieser Betriebsabteilung, in der der Beruf ausgeübt wird, anzugeben. Die Berufsstatistik will nämlich nicht nur den von den einzelnen Personen angegebenen individuellen Beruf nachweisen, sondern auch

darstellen, in welchem Wirtschaftszweig (Betrieb) die Einzelnen tätig sind. Man will also z. B. nicht nur erfahren, wieviel Buchhalter oder Schlosser im Deutschen Reich vorhanden sind, sondern auch, wieviele davon in den einzelnen Zweigen der Eisen- und Metallindustrie, der Textilindustrie, der Steinindustrie, dem Steinergewerbe usw. beschäftigt sind. Nur auf diese Weise kann die volkswirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Berufe richtig dargestellt werden.

Der Arbeiter in der Steinindustrie soll nicht angeben den Sammelnamen „Steinarbeiter“, sondern muß vermerken, ob er in einem Sandstein-, Kalkstein-, Marmor-, Granit-, Basalt- oder sonstigem Steinbruch tätig ist und weiter, ob er als Hilfsarbeiter, Steinbrecher, Steinmetz, Bildhauer, Schleifer, Säger, Fräser, Dreher, Pfastersteinmacher usw. beschäftigt wird. Im Pfastersteinbetrieb anzugeben, ob er als Steinleger oder Kammer arbeitet. Immer ist Name und Ort des Betriebes, in welchem der Kollege seine Tätigkeit ausübt, genau zu bezeichnen.

Die statistische Bearbeitung der Berufszählungsfragen gewährt in Verbindung mit den Fragen nach dem Geschlecht, Alter und Familienstand eine Reihe wertvoller Einblicke in unsere heutigen beruflichen und sozialen Verhältnisse. Sie gibt ein Bild von dem Umfang der Erwerbstätigkeit überhaupt, von der zahlenmäßigen Besetzung der einzelnen Berufe und ihrer Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftszweige, sie zeigt, wie viel Männer und Frauen im Erwerbsleben stehen, wie viele Ehefrauen benötigt sind, eine außerhäusliche Erwerbstätigkeit auszuüben, wie viele schulpflichtige Kinder schon ihr Brot verdienen müssen, welche Altersgrenze der Ausübung eines Berufes gesetzt ist, sie zeigt dabei jedesmal, in welchem Beruf, in welcher sozialen Schicht und in welchen Gebieten des Deutschen Reiches diese Erscheinungen hervorreten und welche Schlussfolgerungen sich daraus für Wirtschafts- und Sozialpolitik ergeben.

Die Berufsstatistik betrachtet aber nicht nur das einzelne Individuum, sie schreitet weiter zu den Familien und Haushaltungen. Sie gliedert die Familienhaushaltungen zunächst nach dem Beruf des Haushaltungsvorstandes und zeigt uns dann, wie groß die einzelne Haushaltung ist, wie viele ihrer Mitglieder Selbsterwerber sind und wie viele vom Haushaltungsvorstand unterhalten werden, wieviel Kinder unter 14 Jahren vorhanden sind, welche Familien und welche sozialen Schichten sich Hausangestellte halten können und welche gezwungen sind, fremde Personen in ihren Haushalt als Aftermietler, Schlafgänger usw. aufzunehmen.

Diese kurzen Ausführungen zeigen, wie wichtig es ist, daß jede einzelne Frage richtig beantwortet wird. Wenn die Ausfüllung der Haushaltsliste auch eine gewisse Mühe verursacht, so liegt eine genaue Beantwortung der gestellten Fragen doch im eigenen Interesse jeder einzelnen Arbeiterkategorie. Wie notwendig die Gewinnung eines genauen Bildes insbesondere der Berufsverhältnisse ist, weiß jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, aus seiner Fachpresse über die mannigfachen Zusammenhänge im Wirtschaftsleben orientiert ist, wohl selbst zu beurteilen. Ein einwandfreies Zahlenmaterial kann aber von den mit der statistischen Bearbeitung der Fragebogen beauftragten Stellen nur dann geliefert werden, wenn jeder einzelne Haushaltungsvorstand die ihm zugehenden Fragebogen sorgfältig ausfüllt.

schafflichen und politischen Betätigung verständiglos und einseitig gegenüberstehen, will ich an ein Verschen erinnern:

„Eins bist du dem Leben schuldig:
Kämpfe oder such die Ruh;
Bist du Amboß, sei geduldig,
Bist du Hammer, schlage zu.“

Die Steinarbeiter Deutschlands, einschließlich Mündens, fühlten sich nicht als Amboß, sie hatten es mit dem Hammer! Daraus ist manches zu erklären, was einzelnen Unternehmern der Steinindustrie in ihren vier engen Grenzspalten unfaßbar ist. E.

Das Wesen des deutschen Syndikalismus.

Ein Ueberblick.

Die syndikalistische Gedankenwelt verkörpert sich in Deutschland hauptsächlich in zwei Organisationsformen und zwar in der „Allgemeinen Arbeiter-Union“ (A.U.) und der „Freien Arbeiter-Union“ (F.A.U.). Beide Organisationen gemeinsam ist die dem Syndikalismus eigentümliche unbedingte Ablehnung der Zentralgewerkschaften und damit die Parole zu ihrer Zerstörung. In ihrer sonstigen Ideologie weichen die beiden Richtungen aber wesentlich voneinander ab. Dem Terrorismus, der Bereitschaft zum Kampf mit allen Mitteln, zum „Kampf bis aufs Messer“, wie ihn die A.U. propagiert, steht der grundsätzliche Pazifismus, die völlige Passivität der F.A.U. gegenüber. Infolgedessen dürften die beiden Richtungen unterschieden werden als:

1. revolutionäre Syndikalisten und
2. Anarcho-Syndikalisten.

Die Allgemeine Arbeiter-Union verbannt ihre Entstehung der Propaganda der radikalen Kommunisten zum Austritt aus den Gewerkschaften. In der deutschen kommunistischen Partei hatten sich infolge der verschiedenen Beurteilung der tatsächlichen Maßnahmen gegenüber den gewerkschaftlichen Organisationen zwei Gruppen gebildet, während die eine dieser beiden Richtungen die Tische der „Revolutionierung und Eroberung der Gewerkschaften“ aufstellte, verlangte die andere ihre Zerstörung und die Begründung neuer revolutionärer Verbände. Die Differenz der beiden Gruppen führte schließlich 1919 zur Spaltung der Partei und zur Begründung der „Kommunistischen Arbeiterpartei“ seitens der auf dem Standpunkt der Gewerkschaftserhaltung stehenden Minderheit. Auf einem Kongress in Hannover 1920 vereinigte diese Organisation die Ableitungen der freien Gewerkschaften in der Konstituierung der A.U.

Es ist schon bezeichnend für den Charakter dieser Richtung, daß ihre politische Organisation immer besonderen Wert auf die Bezeichnung — Arbeiterpartei — legte. Für sie wie für die A.U. liegt alle Macht der proletarischen Bewegung nicht in dem Vorhandensein mächtiger Organisationen, sondern in der „Masse“, in dem Willen und in der Tat der Massen. Handeln kann nur die Klasse selbst, wenn unter Handeln die Befestigung des Prinzips des reinen Klassenkampfes und die Errichtung der Klassen-, nicht der Parteidiktatur verstanden ist.

So stellt die A.U. dem Begriff der Partei den Begriff der Klasse gegenüber. Diese Gegenüberstellung hat ihren Grund in einem unüberwindlichen Mißtrauen gegenüber jeder Führerschaft, wie in der Auffassung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht erfolgen wird durch die „Organisation von oben“, durch eine „Organisation des Kampfes seitens der Führer“, sondern durch das Emporschlagen der revolutionären Kampfes von unten. „Dort Diktatur der Führer — hier Diktatur der Massen!“ — so lautet die Losung der revolutionären Syndikalisten zur Organisation der proletarischen Bewegung.

Der freien Entfaltung des Massenwillens und der „revolutionären Energie der Massen“ steht nach der Auffassung dieser Richtung eine zentrale Organisation hindernd entgegen. Die Einführung von Unterstützungseinrichtungen, wie sie in den freien Gewerkschaften bestehen, lehnt die A.U. daher ab, und selbst in der Festlegung ihrer Beiträge läßt sie den lokalen Gruppen weitgehende Selbständigkeit. Da erscheint den revolutionären Syndikalisten immer wieder als die größte Gefahr, daß die Organisation Einrichtungen übernehmen sollte, wie sie die traditionelle Entwicklung der anderen Verbände geschaffen hat. Als Feinde des Zentralismus und des Gebankens der sozialen Reform richten sie ihren unerbittlichen Kampf gegen die Zentralgewerkschaften und ihre Einrichtungen.

Auf welchem Wege wollen nun die revolutionären Syndikalisten ihre Ziele erreichen? Im Gegensatz zu den Anarcho-Syndikalisten bekennen sie sich in Übereinstimmung mit den Lehren Bakunins und Kropotkins zum Kampf mit allen Mitteln. Der Kampf muß unvermindert erhalten werden im Gegensatz zu allen Versuchen, zum sozialen Frieden zu kommen. Die A.U. bezeichnet es daher als ihre Aufgabe, ihre Arbeit in den Betrieben darauf zu konzentrieren, die zur Entfesselung von Massenkämpfen notwendige Atmosphäre zu schaffen. Das aber ist das Wichtigste, die Propaganda der Tat. Bei jeder Gelegenheit muß der Kampf aufgenommen werden, der Kampf, der mündet in dem bewaffneten Aufstand. Nur so werden die Massen zum revolutionären Handeln erzogen, und nur so werden sie vereint werden können zur revolutionären Tat.

Zufolge dieser Einstellung tritt das Bestreben einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung völlig in den Hintergrund. Soweit die A.U. sich an Lohnkämpfen überhaupt beteiligt, betrachtet sie diese nur als Mittel zur Revolutionierung der Massen. Während der Lohnkämpfe will die Union alles tun, „um der Geburtsstunde der revolutionären Ideologie zu sein, um auszusprechen, daß es nur einen Ausweg gibt: die Revolution.“

In organisatorischer Hinsicht legen die Syndikalisten das Schwergewicht in die Betriebe. Hier vereinigen sich ihre Anhänger zu Betriebsorganisationen, von denen Vertrauensleute gewählt werden, die sich zu Aktionsausschüssen zusammenschließen. Von diesen werden wieder Obleute bestimmt; gemeinsam mit den Vertrauensleuten der Mitglieder vereinigen sich die Obleute zu örtlichen Aktionsausschüssen. Die Obleute der örtlichen Aktionsausschüsse bilden die Arbeitsausschüsse der Unterbezirke, die der Unterbezirke vereinigen sich zu Arbeitsausschüssen größerer Wirtschaftskreise. An der Spitze der Organisation steht der Reichswirtschaftsrat. Das höchste Organ ist der Reichskongress. Bei allen organisatorischen Bildungen wird der Wille der Mitglieder das entscheidende Moment, und alle gewählten Obleute sind jederzeit abrufbar.

Nach der Auffassung der revolutionären Syndikalisten gibt es keine grundsätzliche Scheidung des wirtschaftlichen Kampfes vor dem politischen. Die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterschaft bedingt vielmehr eine Veränderung der politischen Verhältnisse.

An der A.U. wurde entweichend dieser Auffassung die Bildung einer besonderen politischen Partei abgelehnt. In der Praxis bestand aber bereits eine solche Organisation, zu deren Aufführung es auch nicht gekommen ist. Die A.U. bekämpft sich in ihrem Programm grundsätzlich zur Einheitsorganisation. Sie verzichtet jedoch darauf, die kommunistische Arbeiterpartei (K.A.P.) zu bekämpfen, sondern erklärte, mit dieser den sozialen Kampf gemeinsam führen zu wollen und auf die Vereinigung der beiden Organisationen hinzuwirken.

Die Bedeutung der revolutionären syndikalistischen Bewegung blieb in Deutschland immer verhältnismäßig gering. Anzuerkennend über den Mitgliederbestand sind auch nicht annähernd möglich. — Infolge der Hintankennung der Tagesinteressen der Arbeiter fehlt den Organisationen jede materielle Werkkraft, und in der bloßen Propaganda des politischen Kampfes findet sich hierfür besonders in Zeiten ruhigerer Entwicklung keineswegs ein hinreichender Erfolg. So in der revolutionäre Syndikalismus in Deutschland auf die Organisation völlig unbedeutender Gruppen beschränkt geblieben.

Zu einigermassen beachtenswerten internationalen Verbindungen haben es die revolutionären Syndikalisten nicht gebracht. Die Note

Gewerkschafts-Internationale (R.G.S.), mit der sie anfänglich sympathisierten, betrachten sie heute als ein Instrument des kapitalistischen Wiederaufbaus.

Wie die A.U., so ist auch die Freie Arbeiter-Union grundsätzlich Gegner des Zentralisationsgedankens. Sie ging hervor aus Organisationen, deren Vertreter bereits im Jahre 1892 auf dem Gewerkschaftskongress in Halberstadt das Zentralisationsprinzip ablehnten und im Gegensatz zu der Mehrzahl der freien Gewerkschaften die Beibehaltung der Lokalvereine forderten. — Die durch diese Richtung vertretenen, lokal beschränkten Verbände fanden 1897 ihren Zusammenschluß in der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, in der syndikalistische Tendenzen wirksam und schließlich herrschend wurden. Nach dem Kriege ging aus dieser Vereinigung die „Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten)“ hervor.

Die Ablehnung festen organisatorischen Zusammenschlusses unter zentraler Leitung ist auch für diesen Zweig des Syndikalismus immer bezeichnend geblieben.

Dagegen bekennen sich die Anarcho-Syndikalisten zu einem rein föderativen Zusammenschluß der einzelnen Lokalvereine zu örtlichen Kartellen, wobei jedoch die Selbständigkeit der lokalen Berufsverbände unberührt bleibt. Die syndikalistischen Ortskartelle führen den Namen „Arbeiterbörsen“. Schließlich sollen die örtlichen Berufsvereine sich auch interlokal zusammenschließen. Alle Vereinigungen desselben Berufes oder derselben Industrie im Reiche bilden eine Berufs- oder Industrieföderation. Ausführendes Organ ist die auf der Berufskonferenz gewählte Geschäftsleitung. Auch in diesem Zusammenhang wird hervorgehoben, daß das völlige Selbstbestimmungsrecht der Ortsvereine gewahrt werden muß. So ist die Wirksamkeit der A.U. infolge des Fehlens enger organisatorischer Bindungen von vornherein äußerst beschränkt.

Hinsichtlich der Einführung von Unterstützungseinrichtungen stehen die Anarcho-Syndikalisten auf dem gleichen Standpunkt wie die A.U. Krankenunterstützungs- und Begräbnisstellen, Invaliden- und Altersversorgungskassen sind nach der Auffassung der A.U. nur Hemmnisse der Bewegung, sie sind in ihren Auswirkungen nur staats- und kapitalerhaltend.

Eine sozialpolitische Betätigung, die die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung sich zur Aufgabe macht, tritt vollkommen hinter bloßer propagandistischer Wirksamkeit zurück.

Die Zahl der in dieser Richtung organisierten Mitglieder war immer starken Schwankungen unterworfen. Sie mag in den Berufsverbänden, die sich der Gewerkschaftszentralisation nicht anschlossen, ursprünglich zehntausend betragen haben. Infolge Einbeziehung von Verbänden, die nur sehr wenig innere Beziehungen zu der lokalistischen Bewegung hatten, brachte es diese zeitweilig auf 20 000 Mitglieder, um jedoch bis 1908 auf zirka 9000 und 1911 auf etwa 7000 zurückzugehen. Während des Krieges waren die Reste der Bewegung infolge ihrer Agitation gegen den Krieg den schärfsten behördlichen Verfolgungen ausgesetzt, so daß die Organisation von der Bildfläche verschwunden war und nur noch eine unterirdische Propaganda betrieben wurde. Der Ausgang des Krieges aber und die Revolution brachten besonders auch den Syndikalisten eine bedeutende Steigerung der Mitgliederzahl. Diese wird 1919 mit zirka 100 000 und 1921 mit zirka 150 000 angegeben, wogegen sie Anfang 1923 von der F.A.U. nur noch auf etwa 120 000 berechnet wird. Seitdem dürfte die Mitgliederzahl weiter beträchtlich zurückgegangen sein.

Das anfängliche Wachstum der anarcho-syndikalistischen Bewegung nach dem Kriege begründet sich in der Eigenart ihres Wesens, ihrer Zielbestimmung und ihrer Mittel. Die Bewegung entspricht hierin einer Geistesrichtung, die bezeichnend ist in einem Bollen, das aus dem Kriege als Besieger hervorgeht und dem also das Mittel der Gewalt nicht den erwünschten Erfolg gebracht hat. — Die Anwendung äußerer Gewalt ist dem Anarcho-Syndikalismus die Wurzel alles Übels. Als höchstes Ziel gilt die Verwirklichung eines „herrschschaftslosen Gemeinwesens“. Nicht die Diktatur des Proletariats, nicht der sozialistische oder kommunistische Staat gilt als erstrebenswert, sondern Sozialismus und Kommunismus sind nur denkbar in einer Gemeinschaft freier Menschen. Mit der Verwirklichung des Syndikalismus soll der ewige Friede seinen Einzug halten. Eine Machtorganisation zum Schutze von Recht und Freiheit ist nicht erforderlich.

Den Anarcho-Syndikalisten ist der Staat „die Summe der Verneinungen der individuellen Freiheiten aller seiner Glieder“. Er ist „die ausgeprochene Verneinung der Menschlichkeit“. „Wir haben nicht die Staatsgewalt zu erobern,“ so erklärt ihr Theoretiker Dr. Friedberg in seiner Broschüre „Parlamentarismus und Generalstreik“, „sondern die Wirtschaftsordnung und das Innenleben des Proletariats so zu gestalten, daß jede Ausbeutung und Unfreiheit aufhört.“

Hierin findet sich bereits ein Hinweis auf die Mittel der A.U. Entsprechend ihrem Ziele verwirft sie die Anwendung politischer Macht. Sie verwirft nicht nur den Krieg der Nationen, sondern auch den Krieg innerhalb der Nationen, den Bürgerkrieg. „Die passive Resistenz, der Boykott, der Generalstreik, das sind ihre idealen Mittel zur Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft.“

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsere Lohnkämpfe. Streit (Steingewinnung und -bearbeitung): In Weiten und Ebeniten (Bayrischer Wald). Im Lithographiegebiet (Mittelranken). In Kaiserslautern. Im Pflastersteinbezirk Kassel und weiterer Umgebung. In Nachen (Grabstein).

Gesperetz. In Detmold Firma Hugo Meier. — In Dohrillig der Betrieb von Koppe. — In Saargemünd (Granitwerk) Schäffer. — In Wunsiedel Firma Panzer. — In Altenburg Firma Gasse (Steinseher). — In Penzlin (Mecklenburg) die Steinseherfirma Lohmann.

Zugzug fernhalten! Außer von den Orten, die unter Streit und Sperre genannt sind: von Braunlage (Granit- und Schotterwerk), von Münster (Steinmehlen), von den Steinbrüchen bei Bockum, im Odenwald (Werksteingruppe). Die Arbeitgeber haben die ausgeprochene Tarifbindung zurückgezogen. Damit kauft der Bezirksverweistarif bis 30. Juni 1926 weiter. Die eingeleitete Lohnbewegung ist noch nicht zum Abschluß gebracht, da die Arbeitgeber an dem von ihnen vorgeschlagenen Endtermin (29. Juli) festhalten. Vorstehende Orte gelten für die Steinbearbeitung. Im Straßenbau von Plegitz (Schleifen), Krefeld, Stendal.

Erlebte Bewegungen. Die Löhne der Steinseher und Berufsgenossen in Münster und Umgebung sind tariflich geregelt, während die Steinmehleister den kürzlich abgeschlossenen Tarif bereits zum 1. Juli wieder gekündigt haben. — Der Streit der Steinseher in Halle (Firma May u. Knöbel). — Die Lohnbewegung mit Streit der Steinmehlen in Jena. — In Albed der Streit der Steinmehlen und Schleifer mit Erfolg.

Der Tarifvertrag für das mitteldeutsche Steinsehergewerbe wurde mit Wirkung vom 1. April 1925 durch das Reichsarbeitsministerium allgemeinverbindlich erklärt. Der § 14 dieses Vertrages (Lehrlingshaltung) ist von der Allgemeinverbindlichkeit ausgeschlossen worden. Zu gleicher Zeit sind die früheren Bezirksverträge von Magdeburg, Regierungsbezirk Merseburg und Thüringen-Erfurt im Tarifregister gelöscht und ihre Allgemeinverbindlichkeit außer Kraft gesetzt worden.

Alle Verbandsmitglieder, die ihren Arbeitsplatz von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall sich vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlstellenverwalter zu erkundigen. Das gilt für alle Berufsgruppen in unserm Verband und für jeden Ort. Beim Unterlassen dieser selbstverständlichen gewerkschaftlichen Pflicht kann der Ausschluß aus dem Verband verfügt werden. Kollegen, übt Solidarität!

Wissenswertes aus dem größten sächsischen Granitbetrieb, A. G. vorm. C. G. Kunath in Demitz-Thumitz.

In der Zeitung des Polster-, Wert- und Schachtmeisterverbandes vom 28. Mai finden wir eine äußerst informierende Schilderung aus diesem bekannten großen Granitbetrieb; sie hat ihre Ursache in einer Beschäftigung, die von den Dresdener Mitgliedern des Bundes veranstaltet war. Das vorm. Kunath'sche Werk ist eins der bedeutendsten in Deutschland; über seine Lage, seine technischen Einrichtungen und seine Leistungsfähigkeit wird in dem Besichtigungsbericht unter anderm geschrieben:

„Das Werk ist im Jahre 1888 von Herrn C. G. Kunath gegründet. Durch die gute Lage an der Bahnstrecke Dresden—Görlitz, durch das ausgezeichnete, erstklassige Gesteinsmaterial, durch die Einführung jeder technischster Neuerung usw. hat das Werk seine heutige Größe erreicht. Es ist das größte Werk in Sachsen und eins der größten in Deutschland. Im Jahre 1922 wurden es Aktien-gesellschaft. (Es handelt sich bei dieser Umwandlung um ein Konzern-gesellschaft der Sozial-D. G. Linz a. Rh. Das Unternehmen steht materiell äußerst günstig da. Die technische Aufmachung ist aus dem Folgenden zu ersehen. Red. v. „Steinarbeiter.“)

In einer großen Anzahl Brüche, wo der Granit in vorzüglicher Güte und mächtigen Bänken lagert, wird das Rohmaterial gewonnen. Mit dem neuesten System von Bohrmaschinen, durch Preßluft angetrieben, wird in zehn Minuten ein Bohrloch von 1,40 Meter Tiefe hergestellt. Aus den gesprengten Bänken werden große Quader gefloßen, welche dann zur Verarbeitung in die verschiedenen Abteilungen kommen. Aus den Brüchen muß soviel Rohmaterial gesprengt, gebrochen und herbeigeschafft werden, daß der tägliche Bestand von mindestens 70 bis 100 Eisenbahnwagen sichergestellt ist. Zu dem Transport dieser Massen aus den Brüchen zu den Bearbeitungsstellen und von da nach den Verladestellen hat das Werk eine Benzol- und sechs elektrische Lokomotiven sowie 800 Fahrzeuge, Ripp- und Tafelwagen in Betrieb. Die Länge der Gleisanlagen beträgt 8000 Meter elektrisch beschaltetes Gleis, 12 000 Meter Gleis in den Brüchen und Bremsbergen und 1500 Meter Staatsbahngleis. Weiter sind zur Regelung des ganzen gewaltigen Verkehrs 14 Kreuzungen, 300 Weichen, 100 Drehseiben und drei Brückenwagen eingebaut. Besonderes Interesse erwecken die Schwebebahnen, die zum Transport der Steine über den Brüchen angelegt sind. Die Steine werden durch elektrisch betriebene Flachsengänge aus der Tiefe gehoben und mittels der Schwebebahn nach der Ladestelle gebracht. Es können Steine bis 400 Zentner gehoben und transportiert werden. Das Werk besitzt 15 solcher Schwebebahnen bis 320 Meter Spannweite.

Der ganze Betrieb ist auf elektrische Kraft eingestellt. Der Strom wird über das Elektrizitätswerk Baugen von den staatlichen Kraftwerken Hirschfelde bezogen. Zur Aufrechterhaltung des ganzen Betriebes sind 60 Gleichstrommotore von 3 bis 47 Pferdekraften gleich 1850 Pferdekraften, und 30 Drehstrommotoren von 7,5 bis 81 Pferdekraften gleich 8500 Pferdekraften aufgestellt. Zur Herstellung des Kleinsplatters sind 86 Spaltmaschinen in Tätigkeit. Außerdem sind noch 4 Brecher in Betrieb, welche täglich 250 bis 300 Kubikmeter Steinhöcker verschiedener Größe liefern. Die Herstellung der Normalpflastersteine geschieht durch Handbetrieb, ebenso wie die Bearbeitung der Werkstücke, wie Bordsteine, Stufen, Walzen, Mischsteine, Auflagerquader, Brückensteine, Denkmäler usw. durch Steinmehlen erfolgt. Die sächsischen Granitwerke beschäftigen zirka 1400 Personen aus 70 verschiedenen Ortschaften. Aus diesen angeführten Zahlen ist zu ersehen, daß zur Beschäftigung dieser Leute viele und große Aufträge eingehen müssen. Bei unserer Besichtigung des Werkes konnten wir feststellen, daß Vorräte an Pflastersteinen, Kleinsplatter usw. so gut wie gar nicht vorhanden waren. An großen Aufträgen wurde gearbeitet, und zwar zum Bau einer Schleuse in Ymuiden in Holland und der Elbebrücke bei Stendal mit 17 Strompfeilern und Ufermauern in Sahnitz. Für die genannten Bauten bestimmt, konnten wir bearbeitete Steine in Augenschein nehmen bis 6 Kubikmeter, das sind zirka 300 Zentner, und Wägen von 4,50 Meter Länge und 70 Zentimeter Durchmesser. Vor dem Kriege hatte das Werk große Lieferungen nach Belgien zur Uferbefestigung, Schleusen und Hafenbauten in Brüssel, Antwerpen, Wilhelmshafen und Kiel. In der Inflationszeit wurden Walzen und Bodensteine für Seifen- und Schokoladenfabriken in Argentinien hergestellt. Das hier in kurzen Sätzen Gesagte soll noch eine Ergänzung des Gelesenen sein. Auch die Kollegen, welche nicht an der Besichtigung teilnehmen konnten, können sich ein Bild von der Größe, dem Umfang und der Leistungsfähigkeit des größten sächsischen Granitwerks machen. . .“

Wunsiedelburg. Joseph Beck. Am 3. Juni, nachmittags 3 Uhr, verstarb nach nur 14tägigem Krankenlager infolge einer Lungenentzündung unser Freund und Kollege Joseph Beck, Vorsitzender der Zahlstelle und Bezirksobmann. Mit ihm verliert die Zahlstelle sowie der Gesamtverband einen der besten Mitarbeiter. Neunzehn Jahre Mitglied und aktiver Streiter im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, hat unser Freund trotz seiner in letzter Zeit stark angegriffenen Gesundheit, bisher alle Aufgaben seiner Funktionen aufs beste erfüllt. Selbstlos und unermüdet stand er seinem Mann auch dann, wenn es ihm oft nicht leicht gemacht wurde, oder die schleichende Berufskrankheit vielleicht größte Schonung geboten hätte. Während sich der Verbandsstag mit den von ihm eingereichten Anträgen beschäftigte, ergriff ihn die tödliche Krankheit mit besonderer Schärfe, die sein Ableben nun zur Folge hatte. Die Berufskrankheit hatte den ohnedies schwachen Körper schon zermürbt. Seit Monaten kämpfte unser Freund um Aufnahme in ein Erholungsheim. Es gelang nicht, die Aufnahme zu erreichen. Die Ärzte konnten die Notwendigkeit einer Erholungsstube nicht einsehen, oder hielten sie es mit dem Arzt in Wunsiedelburg, der unserem Freund erklärte: „Wenn Sie nicht dem Steinseherberuf entsagen, lehne ich jede weitere Behandlung ab!“ Größeres Verständnis der Ärzte für die Berufskrankheit der Steinarbeiter und insbesondere des Sandsteinarbeiters hätte sicher unserm Freund noch einige Jahre die Möglichkeit geschaffen, sich und seine sechs-köpfige Familie zu erhalten. Trauernd stehen neben der Familie des treuen Kämpfers all seine Kollegen, insbesondere aber die Verhandlungskommission und Gauleitung, die Hand in Hand mit dem Freund lange Jahre für die Interessen der Kollegenschaft und des Verbandes gekämpft haben. Nie werden wir den Freund vergessen. In seinem Gedächtnis wollen und müssen wir weiterkämpfen, dadurch ehren wir das Andenken unsres Freundes am besten. Leicht sei ihm die Erde! Die Gauleitung. J. A.: K. Senft.

Rundschau.

Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufsstrahlentechniker.

Durch Verordnung vom 12. Mai wurde auf Grund des § 547 der Reichsversicherungsordnung mit Zustimmung des Reichsrats die Ausdehnung verfügt. Die Verordnung tritt am 1. Juli 1925 in Kraft. Damit wird einem längst fälligen Bedürfnis der Arbeiter, Ärzte und Krankenkassen Rechnung getragen. Leider wurde diesmal die sprichwörtlich bekannte Berufsstrahlentechnik der Steinarbeiter noch nicht berücksichtigt. Vorgesehen sind jetzt: Die Erkrankungen durch Blei, Phosphor, Quecksilber, Arsen, Benzol, Schwefelkohlenstoff, Hautkrebs durch Asphalt, Paraffin, Teer, Pech usw., Grauer Star bei Glasmachern, Röntgenstrahlenerkrankung, Wurmkrankheit der Bergleute, Schneeberger Lungenkrankheit (Erzbergbau Sachsen). — Daß wir Steinarbeiter nicht ruhen werden, bis die Anerkennung erfolgt, ist selbstverständlich. Die Vorarbeiten sind auch bereits von ärztlich fachverständiger Seite eingeleitet, nur noch nicht abgeschlossen. Es besteht aber die sichere Aussicht, daß in absehbarer Zeit eine Regelung auf Grund des § 547 der R.V. erfolgt.

Vollerhöhungen und Inflation. Das von den Unternehmerorganisationen und der großkapitalistischen Presse mit dem Aufwand allerlei Materials verbreitete Gerücht, daß Vollerhöhungen eine neue Inflation bedeuten, hat selbst die Hürten der Währung, die Reichsbank auf den Plan gerufen. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Verbandes sächsischer Industrieller teilt das Reichsbankdirektorium folgendes mit:

„Die Annahme, daß die deutsche Währung wieder inflationistische Momente zeige, worauf die immer stärker einsetzenden Lohn- und Preisbewegungen, die nur durch eine Geldentwertung zu erklären seien, hinweisen sollten, erscheint uns abwegig. Es sind allerdings im Herbst vorigen Jahres ebenso auch zu Beginn des laufenden Jahres auf vielen Gebieten Preissteigerungen zu verzeichnen gewesen. Der Großhandelsindex ist von 115,0 im Durchschnitt des Monats Juli 1924 auf 132,2 im Monat Oktober und auf 138,2 im Monat Januar 1925 gestiegen, um, auf den Stichtag des 15. April dieses Jahres berechnet, wieder auf 131,4 zurückzugehen. Diese Bewegungen stellen aber keineswegs nur eine innerdeutsche Sonderentwicklung dar, sondern stehen im Zusammenhang mit der Preisbildung am Weltmarkt und sind, soweit die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse die Gestaltung der Indexziffer beeinflussen, auch durch den schlechten Ausfall der deutschen Ernte des letzten Jahres mitbedingt. Die Schwankungen des Preisniveaus berechnen daher durchaus nicht ohne weiteres zu dem Schluß, daß hierbei Kaufkraftveränderungen auf der Geldseite vorliegen. Schließlich möchten wir noch betonen, daß die Stellung der Reichsbank heute so stark ist, daß sie ohne weiteres allen Bedrohungen der Währung entgegenzutreten vermag. Wir müssen es aufs schärfste verurteilen, daß durch unverantwortliche Zeitungsartikel eine Atmosphäre des Mißtrauens gegen die Währung geschaffen wird, in einer Zeit, in der eine ruhige Entwicklung, namentlich im Hinblick auf die fortgeschrittenen Bemühungen zur Wiederbelebung des Sparbetriebes doppelt wünschenswert erscheint.“

Diese Zurückweisung der Schauermärchen der Unternehmer durch die Direktion der Reichsbank läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Wir sind trotzdem nicht so fühllos, zu hoffen, daß derartige Verdrehungen in der Zukunft unterbleiben. (Vielleicht liest Herr Dr.-Ing. Steinlein in München diese Notiz auch?)

Kann die deutsche Landwirtschaft Deutschland ernähren? Die Zollfreunde behaupten immer wieder, Deutschland in absehbarer Zeit aus dem deutschen Pöbel ernähren zu können. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Der Ertrag der deutschen Ernten betrug

	1909/1913	1922	1924
Bevölkerung. Zeitiges Reichsgebiet (in Doppelzentnern pro Kopf der Bevölkerung)			
Weizen	0,63	0,32	0,38
Speis	0,17	0,01	0,01
Roggen	1,74	0,87	0,92
Kartoffeln	7,01	6,79	6,84

Wir sehen, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft weit unter Friedensstand liegt. Wir sind also für lange Zeit auf die Einfuhr von Auslande angewiesen. Deshalb werden Zölle unter allen Umständen eine Verteuerung der Lebenshaltung bedeuten. Der Agrarzoll ist nichts anderes als eine Liebesgabe an die deutsche Landwirtschaft, die von dem Verbraucher bezahlt werden muß.

Ist der Zuckerkoll berechtigt? Nach der für den Vorkriegszuckerkoll maßgebenden Brüsseler Zuckerkonvention betrug der Zuckerkoll für Rohrz, Rüben- und Zuckerrüben (Position 176 des deutschen Zolltarifs von 1902) pro Doppelzentner 4,80 Mk. Dieser Zoll ermäßigte sich für gewisse Sorten von Zucker auf 4,40 Mk. Seit 1914 war die Einfuhr von Zucker, soweit nicht Einfuhrverbote in Frage kamen, frei. Die neue Zollvorlage der Regierung sieht nun einen Zuckerkoll pro Doppelzentner in Höhe von 10 Mk. vor. Die früheren Erleichterungen, gewisse Ermäßigungen für besondere Sorten von Zucker fallen fort.

Es ist sehr schwer, eine Rechtfertigung für diesen Zuckerkoll zu finden. Die deutsche Zuckerindustrie und vor allem der deutsche Zuckerrübenanbau hat sich in den letzten Jahren kräftig entwickelt. Nach den Feststellungen des Vereins der deutschen Zuckerindustrie hat sich die Zuckerrübenanbaufläche in Deutschland für das Jahr 1924 von 352 655 Hektar im Vorjahre auf 366 849 Hektar vermehrt. Die Berggrößerung der Anbaufläche beträgt rund 4 Prozent, und vor allem haben die Provinzen Preußens eine Berggrößerung des Zuckerrübenanbaues vorgenommen, das Rheinland z. B. um 15 Prozent.

Aus dieser Entwicklung spricht eine äußerst starke Position der deutschen Zuckerindustrie. Womit will die Regierung den Zuckerkoll, der die deutschen Zuckerpreise nur in die Höhe treiben kann, begründen?

Wierzig Jahre gewerkschaftliche Organisation der Bäcker und Konditoren. Die Organisation vereinigt heute die Arbeiter in der Mehl- und Zucker verarbeitenden Industrie und führt nunmehr den Namen „Deutscher Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband“. Ihre Erfolge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete sind groß. Für die Bäcker und Konditoren ist seit 10 Jahren gesetzlich die Nacht- und Sonntagsarbeit verboten; in Tarifverträgen sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gesamte Schokoladen-, Zuckerwaren- und Teigwarenindustrie allgemeinverbindlich geregelt und der Achtstundentag gesichert; in den Bäckereien und Konditoreien arbeiten 75 Prozent aller Beschäftigten zu Tarifbedingungen. Der Kost- und Logiszwang im Hause des Unternehmers ist beseitigt und das Mitbestimmungsrecht der Berufsangehörigen durch ihre wirtschaftliche Interessensvertretung — der gewerkschaftlichen Organisation — gesichert. Das Verbandsorgan, die „Einigkeit“, erscheint aus diesem Anlaß im Festkleid. In Zweifarbenröck bringt die Titelseite eine gelungene Strichzeichnung, darstellend den siegreich überwundenen Kampf gegen die Nachtarbeit in den Bäckereien und Konditoreien. Artikel aus der Feder führender Verbandskollegen und Gewerkschafter, nebst graphischen Darstellungen über Mitglieder- und Tarifstand und einer Ehrenliste der Verbands-jubilare, die 25 Jahre und länger der Organisation angehören, füllen die achtseitige Festzeitung.

Welche Länder sind Deutschlands größte Abnehmer und Lieferanten? Aus den kürzlich bekanntgegebenen amtlichen Zahlen ergibt man, daß im Jahre 1924 die Vereinigten Staaten von Amerika der größte Lieferant, während Holland der größte Warenabnehmer Deutschlands war. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland stellte einen Wert von 1750 Millionen Mark oder 18,7 v. H. der gesamten deutschen Einfuhr dar; die Ausfuhr von Deutschland nach Holland belief sich auf 650 Millionen Mark oder 9,8 v. H. der gesamten deutschen Ausfuhr. In der Reihe der Lieferanten folgten den Vereinigten Staaten folgende Länder (Einfuhr nach Deutschland in Millionen Mark): England (880), Frankreich (730), wovon aber 510 auf Elsäz-Vorbringen entfallen), Argentinien (520), Holland (460), Tschechoslowakei (440), Polen (400, davon Oberösterreich 240), Italien (370). In der Reihe der Abnehmer stand Holland, wie erwähnt, an erster Stelle; ihm folgten (Ausfuhr aus Deutschland in Millionen Mark): England (610), Vereinigte Staaten (510), die Schweiz (380), Tschechoslowakei (380), Oesterreich (320), Dänemark (290), Schweden (290). Man kann im großen und ganzen sagen: Deutschland verlor sich mit Rohstoffen, Halbzeug und Lebensmitteln in der Hauptsache bei einigen wenigen Ländern, die ihm in dieser Form Kredit erteilen (Amerika, England), oder die sich ehemals deutsche Gebiete (Elsäz-Vorbringen, Oberösterreich) einverleibt haben, welche auf Grund des Friedensvertrages freies Einfuhrrecht nach Deutschland besitzen; hingegen verteilen sich Deutschlands Abgabengebiete ziemlich gleichmäßig auf die ganze Welt. Deutschland ist nämlich der schwächere Partner im Weltwettbewerb, der Besiegte, der Kreditgebende. Die stärkeren Länder zwingen ihm ihre Waren auf, während sie sich andererseits vor den deutschen Waren wehren: sei es durch staatliche Zölle, sei es in Form der als Kriegsüberserrest gebliebenen privaten Angst und Abneigung (daher vielleicht auch der Vorrang des kleinen Hollands, als Vermittler). Und doch müssen die Dawesmilliarden aus dem deutschen Exportüberschuß bezahlt werden! Es bleibt abzuwarten, ob die neuen Handelsverträge, die jetzt zwischen Deutschland und einem Duzend wichtiger Länder hier Wandlung schaffen, die deutsche Ausfuhr erleichtern.

Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Quartal 1925

Einnahme:	
Eintrittsgeld	344,35
Beiträge	245 749,90
Erwerbslosenmarken	6 674,40
Ertrauerermarken (Kampffonds)	2 903,50
Ertrauerermarken (Volksentscheid f. d. Achtstundentag)	1 297,50
An die Zahlstellen geliefert Material	1 086,65
Abonnements und Inzerate u. Versandkosten zurück.	4 170,58
Sonstige Einnahmen, Zinsen und dergl.	3 573,61
Montozahlung der Zahlstellen auf 2. Quartal 1925.	2 396,64
Summa:	Mk. 268 187,13
Ausgabe:	
Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:	
a) Gauleitungen	25 817,99
b) Zentralvorstand	1 451,30
c) Zuschuß für Lokalangehörige	7 116,78
d) Tarifberatungen (Tarifamtsitzungen, Reichs- und Bezirksstärk)	3 239,45
Summa:	37 625,52
Für Unterstützungen:	
a) Reiseunterstützung	770,75
b) Krankenunterstützung	18 215,90
c) Streifenunterstützung	148 500,79
d) Gemäßigtenunterstützung	77,35
e) Sterbunterstützung	1 748,50
f) Notfallunterstützung	1 180,—
g) Rechtschutz	982,18
Summa:	169 475,47
Für Verwaltung (persönliche):	
a) Gehalt	10 187,60
b) Versicherungsbeiträge	1 421,93
c) Revisionen und Vorstandsitzungen	368,50
Summa:	11 978,03
Für Verwaltung (sachliche):	
a) Bureaumiete, Heizung, Reinigung, Licht	670,86
b) Telefon, Schreib- und Postmaterial	85,65
c) Porto, Bestellgeld, Straßporto	350,—
d) Neuanstellungen und Reparaturen	119,20
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinder und Stempel	1 768,50
f) Steuern, Versicherung und sonstige Unkosten	—,—
g) Volksschulgebühren	95,21
h) Sonstige Ausgaben	2 217,32
Summa:	5 806,74
Für Verbandsorgan:	
a) Redaktion	1 204,90
b) Honorar für Mitarbeit	255,10
c) Druckkosten und Papier	10 295,—
d) Expedition	45,—
e) Porto, Bestellgebühr	3 887,37
f) Briefen und Postmaterial	16,35
g) Gewerkschaftliche Frauenzeitung	33,40
h) Abonnementsgelder zurück	312,98
Summa:	16 751,40
Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	
„Unerrichtstuzie“	296,86
	599,50
Sonstige Ausgaben:	1 809,90
Beitrag an den DGB	5,—
Beitrag an das Internationale Sekretariat	228,95
Delegationen und Konferenzen	49 218,85
Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen	1 622,91
Guthaben der Zahlstellen vom 4. Quartal 1924 zurück	1 622,91
Summa:	Mk. 295 369,13
Bilanz:	
Bestand am Schluß des 4. Quartals 1924	328 927,11
Einnahme im 1. Quartal 1925	268 187,13
Bestand und Einnahme im 1. Quartal 1925	597 114,24
Ausgabe im 1. Quartal 1925	295 369,13
Bestand der Hauptkasse am Schluß des 1. Quartals 1925	301 745,11
Davon waren beim Abschluß in	
den Lokalkassen	29 855,53
den Gauleiten	7 012,42
der Hauptkasse	264 877,16
Summa:	301 745,11

Leipzig, den 5. Mai 1925. Ludwig Geiß, Kassierer.
Die Revisoren:
gez. Thomas Haug, Johannes Neumüller, Hugo Hempel.

Abrechnung der Zahlstellen vom 1. Quartal 1925.

Einnahme:	
An die Hauptkasse nicht abgeführte Gelder	29 855,53
Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen	49 218,85
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken	39 662,34
Sonstige Einnahmen	17 888,08
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	1 622,91
Summa:	Mk. 138 247,66
Ausgabe:	
Erwerbslosenunterstützung am Ort	164,10
„ auf der Reise	572,15
„ bei Krankheit	8 989,70
Streifenunterstützung	4 748,52
Gemäßigtenunterstützung	42,30
Sterbunterstützung	506,30
Notfallunterstützung	1 805,40
Rechtschutz	267,80
Agitation	2 385,73
Verwaltung (persönliche)	22 832,39
(sachliche)	14 344,72
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	6 435,63
Delegationen und Konferenzen	13 338,93
Sonstige Ausgaben	9 882,04
Guthaben bei der Hauptkasse	2 396,64
Bestand der Hauptkasse zurück	33 376,11
Summa:	Mk. 122 088,46
Bilanz:	
Bestand am Schluß des 4. Quartals 1924	105 375,55
Einnahme im 1. Quartal 1925	138 247,66
Ausgabe im 1. Quartal 1925	243 623,21
Davon gehörten der Hauptkasse	121 534,75
Bleibt Bestand der Lokalkasse	29 855,53
Summa:	Mk. 91 679,22

Ludwig Geiß, Kassierer.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Beuga. Von Kirchenlamiß sind nachträglich noch 20 Mark für den Streif eingelaufen. Dankend quittiert. R. Adler, Kass.

3. Gau (Dresden). Außer den bereits in Nr. 21 quittierten 857,10 Mark sind noch folgende Gelder für die im Streif gewesenen Kollegen des Bezirks Wurzen bei der Gauleitung eingegangen und weitergeleitet worden:

Weißer	76,60 Mark
Berbersdorf	10,00 Mark
Frohburg	45,00 Mark

Insgesamt sind also 988,70 dem Kollegen Lohan und je 65,00 Mark den Zahlstellen Wurzen und Beuga durch die Gauleitung überwiesen worden. Mit bestem Dank J. A. B. Mühlse.

Reg.-Bezirk Merseburg (Steinfeker): Die Beisitzer der Wohlfahrtskommission für den Regierungsbezirk Merseburg bitten die Zahlstellenvorstände von Zeitz, Eisleben, Naumburg und Weißenfels bis spätestens den 20. Juni sämtliche Beiträge vom 23. Februar 1925 ab über geleistete Wohlfahrtsbeiträge, wo solche nicht ausständig sind, die Lohnstellen, welche dann wieder zurückgeschickt werden, einzukunden zwecks Kontrolle. Trotz unferer tariflichen Vereinbarung, wonach 2½ Prozent vom Lohn für Wohlfahrtszwecke an bekannte Kasse abzuführen sind, kann heute schon festgestellt werden, daß ein großer Teil Arbeitgeber-Cabotage treiben. Statt rund 4000 Mark sind bis jetzt 1800,50 Mark eingetroffen. Helft nicht mit, dieses tarifwidrige Verhalten zu unterstützen, und befolgt diesen Rat.

Auch die anderen Zahlstellenvorstände des Bezirks, können schon immer die Vorarbeiten treffen, auch an sie ergeht bald der Ruf.
Karl Preiß, Halle/Saale, Große Schloßgasse 12.

Zwickau, Sa. Die Reiseunterstützung wird bei Koll. Steininger, Neuhäuser Leipziger Straße 31, Zimmer 11, ausgezahlt.
Frankfurt a. d. O. Beschluß der Mitgliederversammlung vom 6. Juni: „Um die Mitglieder zum Verammlungsbesuch anzubalten, wird beschlossen, daß Mitglieder, die dreimal hintereinander die Verammlung nicht besuchen, die lokale Krankenunterstützung entzogen wird!“ Die Mitglieder der Zahlstelle wollen den Beschluß in ihrem eigenen Interesse beachten. Otto Griegen, Vor.

Adressenänderungen.

- 1. Gau: N.-W. Schleswig, Borf. u. Kass.: Herm. Grischen, Karstenastraße 23.
- 4. Gau: Osterwald, Kass. Aug. Kohlenberg, Benstorf b. Osterwald, Kr. Hameln.
- 4. Gau: Croppenstedt, Borf.: Friedrich Wiahsche, Croppenstedt-Neustadt, Kreis Oßersleben.
- 7. Gau Schwarzenberg a. Saale, Borf.: Hans Neupert, Baugemeinschaft — Degerndorf, Borf.: Josef Höfer, Haus Nr. 1. Kass.: Markus Stabler, Haus Nr. 13. — Röhrnbach, Borf.: Max Faulke, Rebling, Post Röhrnbach.

Briefkasten.

Fr. Berl. Die Urne mit Leinöl gut abreiben, dann abwachsen. Diese Prozedur von Zeit zu Zeit wiederholen. Das ist aber nur möglich, wenn keine weißen Verwitterungsstellen vorhanden sind. Würde raten, aus der Berliner Filiale einen erfahrenen Schleifer damit zu beauftragen. Der Soda! könnte mit verdünnter Salzsäure abgeburttet und gespült werden. Die Urne darf davon nichts abbekommen.
An Mehrere. Wichtige Notizen, die für den „Steinarbeiter“ bestimmt sind, obressiere man auch an die Redaktion.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Der Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin-Fichtenau hat einige Jugendbücher herausgegeben — Preis je 1 Mk. —, die mit gutem Gewissen der reiferen Jugend empfohlen werden können; sie eignen sich auch zu Geschenkwegen. Ihr Studium ist auch Erwachsenen anregende Lektüre. Zu nennen sind: Band 1: Leo Tolstoj: Eine Auswahl. 132 S. Band 2: Amerika: Leben, Arbeit und Dichtung. Herausgegeben von Artur Holtzner. 128 S. Band 3: Heinrich Heine: Eine Auswahl von Nora Zepher. 128 S. Band 4: Die Liebe zu den Tieren. Herausgegeben von Magnus Schwantje. 136 S.
Heft 2 vom Vierteljahressheft der Berliner Gewerkschaftsschule liegt vor. Inhalt: Internate und Ferienkurse im Rahmen der proletarischen Bildungsarbeit — Der Abendkursus — Das Volkshochschulheim — Exkursionen als Mittel politischer Erziehung — Bildungsarbeit der deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei — Internationale Sommerkurse — Aus der Arbeit der Berliner Gewerkschaftsschule — Literatur-Überblick. — Jahresabonnement der Hefte, jährlich 4 = 2,25 Mk. Einzelhefte 0,75 Mk. Verlag Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei in Jena.

Anzeigen

Zwingerlotterie. Allen Kollegen, die durch Unterzeichneten Lose von der Zwingerlotterie besessen haben, wird Kenntnisnahme, daß in unserer Kollektion die nicht ein einziger Gewinn über 1 Mk. gefallen ist. Alle Lose, die mit einer 6 enden, also 6, 16, 26, 36 usw., haben 1 Mk. gewonnen. Die Auszahlung der Gewinne erfolgt nur gegen Rückgabe der Gewinnlose durch den Landesverein Sächsischer Heimatschutz, Dresden, A. Schießgasse 4, wo auch die Gewinnliste zu haben ist. Mit kollegialem Gruß Ludwig Geiß.

Tüchtige Granitsteinmetzen und Pflastersteinmacher stellt sofort ein
Firma Günther & Fiedler
Beucha bei Leipzig.

2 Steinmetzen für Sandstein (saubere Arbeiter) stellen ein
Gebrüder Heide, Rochitz 1. S.

Mehrere Pflastersteinarbeiter und Schroter sowie Kopfsteinsohler gesucht.
Granitwerke Gust Hartwig, Beucha bei Leipzig

Suche geübte Leute für Spaltmaschinen sowie **Vorspalter**
Leutritz - Oberauer Granitwerk
Oberau (Post Niederau).

2 tüchtige Steinmetzen zur Anfertigung v. Grabdenkmälern aus vorhanden Fichtelgebirgsgranitplatten auf einige Monate gesucht. Es wollen sich nur nachweislich tüchtige und auf Grabsteinarbeit geschulte Kräfte melden. Lohn nach Köliner Tarif. Reisevergütung erfolgt, wenn sie bis zur Beendigung der Arbeit ansharren.
Firma Otto Müller G. m. b. H.
Köln a. Rh., Moltkestraße 35

1 tüchtiger Maschinenschleifer
1 tüchtiger Handpoliseur
bei hohem Lohn für sofort gesucht.
Westf. Werkstatt für Marmorbearbeitung Pöhler & Co.,
Münster i. W., Jüdefelder Straße 12.

Tüchtige Kleinpflaster-Steinschläger für längere Zeit gesucht. Wohnung für 10 bis 12 Mann vorhanden.
Kreiszbauamt Perleberg.

2 perfekte Marmor-Handscheifer sucht
F. G. Damm, Leipzig, Ostplatz.

8 Steinsetzer stellt sofort ein
Bögelsack, Steinsetzmeister,
Seehausen (Altmark).

Ich versende wieder nach allen Orten freibleibend ab meinem Dresdner Lager:
1 Steinmetzholzstahl . . . per Kilo 1,50
Echte Rehbüchse Steinmetzbleistifte mit Hartblei . . . per Gros 5,—
Dieselben mit extra Hartblei ca. 40 cm lang . . . per Gros 12,—
1a Steinmetzbesen v. Kokos, p. Dutzd. 6,—
1a Buchbaum-Waßstäbe mit extra tiefen Maßen . . . per Stück 1,—
Bei größeren Mengen bitte Sonderpreise einzuholen.
Walter Kluth, Dresden-A. 16.

Steinhauer
tüchtig in allen Arbeiten der Grabmalbranche, absolut perfekte Schriftenthaus findet Dauerstellung in erstem Grabmalgeschäft. Stundenlohn 1,25 Mk. Eintritt sofort. Ledigener Mann besorge ich Wohnung. Offerte an Carl Fr. Korwan jr., Buchhauer, Mannheim-Fo, Liebfrauenstr. 17

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelaufen sind:

In **Födelberg** am 28 April der Hilfsarbeiter Jakob Klein, 58 Jahre alt, Magenkrebs.
In **Wilmersdorf** am 30. April der Brecher Adolf Voos, 30 Jahre alt, Unglücksfall.
In **Ettringen** am 12 Mai der Hilfsarbeiter Michel Jobs, 34 Jahre alt, Nervenleiden.
In **Windensfel** am 13 Mai der Steinläger Valentin Schmidt, 57 Jahre alt, Lungenentzündung.
In **Rönnigstein** am 27. Mai der Hilfsarbeiter Paul Breuß, 23 Jahre alt, beim Baden ertrunken.
In **Stettin** am 28. Mai der Steinmetz Reinhold Hannersdorf, 29 Jahre alt, Gehirnleiden.
In **Mittlerberg** am 28. Mai der Sandsteinmetz Otto Hofmann, 52 Jahre alt, Lungentuberkulose.
Chresthem Anderten!

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold Verlag von Ernst Rindler beide in Leipzig
Drud. Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.